

23. MAI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/118 - 23. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Das Vorschaltgesetz

44

Ein Ausweg aus dem Krankenkassendilemma

2

Die Jugend will mitgestalten

24

Beachtliches Phänomen der Nachkriegszeit

3 - 4

Politische Wandlung im österreichischen Erdölgebiet

74

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

5 - 6

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik

109

Kleingemeinden nehmen ab, Großgemeinden nehmen zu

Von Helene Wessel, MdB

7

Maßvolle Antwort

38

Der neueste Luftzwischenfall -

Beide Seiten bewahren kühle Köpfe

* * *
* * *

Das Vorschaltgesetz

Ein Ausweg aus dem Krankenkassendilemma

sp - Seit Monaten wird in der deutschen Öffentlichkeit und im Parlament die Auseinandersetzung über die Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung geführt. Die falsche Konzeption der Bundesregierung, die bei dem Gesetzentwurf zum Tragen kam, ist bekanntlich nicht nur auf den Widerstand der parlamentarischen Opposition, der Ärzte und der Gewerkschaften gestoßen, sondern hat auch in der Regierungspartei - der CDU/CSU - heftige Kritik ausgelöst. Die Folge davon ist eine große Unsicherheit im Regierungslager, durch die zweifellos die Gefahr heraufbeschworen wird, daß entweder der ganze Gesetzeskomplex im Parlament durchgepeitscht wird oder seine Behandlung einer Verschleppungstaktik ausgesetzt bleibt, die sich nur zum Schaden der Versicherten auswirken kann.

Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion den Entschluß gefaßt, durch ihre Sozialversicherungsexperten den Entwurf zu einem Vorschaltgesetz zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung auszuarbeiten, um dadurch das Parlament in die Lage zu versetzen, noch in diesem Jahre zu einer Entscheidung zu gelangen. Das Vorschaltgesetz konzentriert sich auf die angestrebte Verbesserung der Kassenleistungen bei langandauernder Krankheit, sowie auf die Vorsorge und sieht wirksame Schritte in Richtung der Lohnfortzahlung für die Versicherten vor.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion will mit ihrer Initiative den Regierungsparteien eine Brücke bauen. Sie will erreichen, daß der Gesamtkomplex der Neuregelung des Krankenversicherungswesens noch einmal in aller Ruhe und unter Berücksichtigung der zahlreichen, aus allen Bevölkerungskreisen gekommenen Anregungen durchgearbeitet werden kann. Hierbei schwebt ihr vor, daß der Gesetzgeber die wichtigsten Entscheidungen, über deren Inhalt bei den Experten aller Fraktionen keine allzu großen Meinungsverschiedenheiten bestehen, vorwegnehmen kann, damit der Teil der Neuregelung der Krankenversicherung, durch den den Kranken schnellere und bessere Hilfe geleistet werden kann, möglichst bald Gesetzeskraft erhält.

Die Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist ein Beispiel für konstruktive Parlamentsarbeit zwischen Regierungsparteien und Opposition. Sie könnte Schule machen und auch für andere Gebiete der parlamentarischen Arbeit richtungweisend sein, wenn die Abgeordneten der Regierungsparteien bereit sind, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

Schon bald wird man erkennen, ob sich die Hoffnungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion erfüllen lassen. 45 Millionen Deutsche werden von diesem Gesetz berührt; sie haben einen Anspruch darauf, daß der Gesetzgeber mit größter Sorgfalt und Umsicht Entscheidungen trifft, die den unmittelbaren Interessen dieser Millionen dienlich sind.

+ + +

Jugend will mitgestalten

sp - Aus aller Welt treffen Nachrichten ein, die besagen, daß sich die akademische Jugend in einem politischen Aufbruch befindet. Der eindrucksvolle Schweigemarsch deutscher Studenten in der vergangenen Woche, der ein Appell an die Mächtigen dieser Welt zur Einsicht war, legte ein beredtes Zeugnis von dem Drängen junger Menschen nach Mitgestaltung des politischen Geschehens ab. In Südkorea waren es Studenten, die gegen den Diktator Syngman Rhee aufstanden. In Japan stehen ebenfalls die Studenten an der Spitze einer Bewegung, die selbstherrliche Entscheidungen der Regierung bekämpft. Und in der Türkei sind es wiederum Studenten, deren Kampf gegen eine undemokratische Regierung die Aufmerksamkeit der Welt auf sich lockt. Die türkische Regierung hat sich nicht anders zu helfen gewußt, als die Universitäten zu schließen...

Gewiß, die hier erwähnten Akte des Aufbegehrens von Studenten sind auf unterschiedliche Motive zurückzuführen. Und doch haben sie alle eines gemeinsam: Sie manifestieren das Drängen einer jungen Generation, die die Schrecken des zweiten Weltkrieges nur zum Teil selbst miterlebt hat, und die nicht versteht, daß sich erneut politische Entwicklungen abzeichnen, die zu einer Wiederholung dieser Schrecken führen können. Es ist das Aufbegehren von jungen Menschen, von denen morgen sicher viele die Politik ihres Landes mitgestalten werden.

Man sollte dieses Zeichen der Zeit nicht überschauen. Zum ersten Male nach 1945 tritt die Jugend in vielen Ländern aktiv in die Arena des politischen Kampfes.

+ + +

Politische Wandlung im österreichischen Erdölgebiet

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Erenta

Ende Mai begibt sich eine prominente Pilgerschar von Wien nach dem südfrenzosischen Wallfahrtsort Lourdes - im Sonderflugzeug freilich, nicht zu Fuß -, und darunter befindet sich eine bemerkenswert tüchtige und energische junge Frau namens Dr. Margarethe Ottillinger. Als Leiterin der Planungsabteilung im seinerzeitigen Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung wurde sie am 5. November 1948 auf einer Dienstreise an der russischen Besetzungsgrenze bei Enns von den Sowjets verhaftet und später zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach sieben leidvollen Jahren in Sibirien, in denen sie sich tapfer gegen das ihr angebotene Unrecht zur Wehr setzte, kehrte sie am 25. Juni 1955 nach Österreich zurück. Hier erhielt sie alsbald die Stellung eines der vier Vorstandsdirktoren der verstaatlichten österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMIV) und wurde mit dem Personalreferat betraut. Seither auch im sogenannten Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB) der österreichischen Volkspartei führend tätig, war sie vor den Nationalratswahlen vom 10. Mai 1959 die einzige höhere Angestellte der verstaatlichten Industrie, die im Wahlkampf gegen die Verstaatlichung mit Vehemenz zu Felde gezogen ist.

Ihre Stärke liegt aber wohl weniger in der Wahlpropaganda, die sich ja schließlich als Blüherang erwies, als vielmehr in der Personalpolitik im Erdölgebiet, der einstigen kommunistischen Hochburg Österreichs. Zusammen mit dem ÖAAB-Obmann und abgesetzten ÖVP-Generalsekretär Nationalrat Dr. Alfred Hainz hat sie es zuwege gebracht, aus so manchen kommunistischen Saulus gewissermaßen über Nacht einen katholisch-konservativen Paulus zu machen.

Zehn Jahre lang, nämlich bis 1955, beherrschten die Russen das Erdölgebiet und mit ihnen ihre kommunistischen Beauftragten als Personalchefs, Betriebsräte, Werkschuttlleute und Propagandareferenten. Das wenige Kilometer nordöstlich von Wien gelegene Erdölgebiet - übrigens das größte und bedeutendste Mitteleuropas - glich rein äußerlich einer Volkedemokratie im Kleinformat. Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages im Jahre 1955 verwandelte sich die bisherige Sowjetische

Mineralölverwaltung (SNV) in eine Österreichische Mineralölverwaltung (ÖMV) - nur der Gesinnungszwang blieb, allerdings mit einem anderen Vorzeichen. Auch heute noch erfolgen Aufnahmen in die Betriebe, Beförderungen, Versetzungen und Kündigungen zumeist nach politischen Gesichtspunkten. Früher war es die Kommunistische Partei, jetzt ist es die Österreichische Volkspartei mit ihrem OAB, die hier den Ton angeben. Die Leidtragenden waren und sind die Sozialisten, deren politische Gegner heute wie früher die Personalpolitik in den Erdölbetrieben bestimmen.

Das harte persönliche Erleben in Sibirien sollte eigentlich, so könnte man meinen, bei der ÖMV-Personaldirektorin Dr. Ottillinger eine gewisse Abneigung gegen kommunistische Aktivisten hervorgerufen haben. Die Tatsache aber, daß einstmals führende Kommunisten zu führenden ÖVP-Funktionären im Erdölgebiet wurden, spricht aber nicht für diese Annahme.

Vor bald zehn Jahren, am 10. Oktober 1950, gab es im Erdölgebiet so wie auch in anderen Teilen des östlichen Österreich einen kommunistischen Putschversuch. In Dürnkrut wurde eine SPÖ-Versammlung mit Messern und Eisenstangen überfallen. Es gab mehrere Schwerverletzte, und nur mit knapper Not entging der heutige Gewerkschaftsundspräsident Franz Olah einem mörderischen Anschlag. Die gleichen kommunistischen Aktivisten, die sich damals besonders hervorgetan hatten, nahmen heute führende Funktionen im Arbeiter- und Angestelltenbund der ÖVP ein und genießen demgemäß zahlreiche Vorteile wie zum Beispiel die Ernennung zu Betriebsleitern. Ein ehemaliger kommunistischer Gemeinderat, Ernst Schaubert, kandidierte zu den kürzlich angehaltenen Gemeinderatswahlen in Niederösterreich auf der Liste der ÖVP. Frühere Parteikassierer der KPÖ kassieren heute für die ÖVP. Im Förderebetrieb Mühlberg sind von 141 ehemaligen KP-Mitgliedern 79 zur ÖVP übergetreten und nur 10 bei der KPÖ geblieben. Von den 19 ehemaligen kommunistischen Funktionären im gleichen Betrieb sind 10 zur ÖVP gegangen und 5 bei der KPÖ geblieben. Die Übrigen erklärten sich mit einer einzigen Ausnahme als fortan "parteilos".

Die Fliege, die sich schützen will, setzt sich bekanntlich auf die Fliegenklappe. Der Opportunismus so mancher ehemaliger Kommunisten, die sich allzu plötzlich des Schutzes ihrer sowjetischen Schirmherren entblößt sehen, ist irgendwie verständlich. Daß sich jedoch in den Erdölbetrieben die ÖVP-Personalpolitik der Lourdes-Pilgerin Dr. Margarethe Ottillinger ausgerechnet auf die ehemaligen kommunistischen Kasserhelden und "Aktivisten" stützt, ist indes wohl recht bedenklich.

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik

Von Helene Wessel, MdB

Im Bundesgebiet (ohne Berlin) gab es Ende 1958 = 24 525 Gemeinden. Davon hatten 21 111 oder 86,1 v.H. weniger als 2000 Einwohner. In diesen Gemeinden mit auch heute noch vorwiegend ländlichem Charakter leben jedoch nur 23,9 v.H. der Bevölkerung, in den Großstädten dagegen 30,6 v.H. Der Anteil der Bevölkerung betrug 1939 im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) in den damaligen Gemeinden unter 2000 Einwohnern 29,6 v.H., der Anteil der großstädtischen Bevölkerung 32,9 v.H. Im Vergleich hierzu hat sich der Bevölkerungsanteil der Gemeinden von 2000 bis unter 100 000 Einwohnern von 37,5 v.H. auf 45 v.H. erhöht.

Bei den Ende 1958 vorhandenen 24 525 Gemeinden sind seit 1950 beträchtliche Änderungen in der Verteilung auf Größenklassen eingetreten. Die Zahl der Gemeinden unter 2000 Einwohner hat um 31, die der Gemeinden zwischen 2000 und 5000 Einwohner um 49 abgenommen. Dagegen hat sich in den übrigen Größenklassen die Zahl der Gemeinden erhöht. Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der Gemeinden von 20 000 bis 50 000 Einwohnern von 39 auf 48 und die der Großstädte von 47 auf 51. Von den Großstädten des Jahres 1950 hatten 1958 Wilhelmshaven und Flensburg keine 100 000 Einwohner mehr. Dafür sind sechs Gemeinden, die 1950 noch keine 100 000 Einwohner hatten, zu der Gruppe der Großstädte hinzugekommen. 13 Gemeinden haben von 1950 auf 1958 die Grenze von 50 000 Einwohnern überschritten.

Folgen der Kriegszerstörungen

Hinter diesen Änderungen in der Verteilung der Bevölkerung im Bundesgebiet auf Stadt und Land und dementsprechend der Verschiebungen in der Größenklassengliederung der Gemeinden stehen erheblich Veränderungen im Bevölkerungsstand. Um sie verständlich zu machen, muß zunächst auf die Bevölkerungsentwicklung von 1939 bis 1950 eingegangen werden. Die Bevölkerungszunahme in diesen Jahren war am stärksten in den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern, am schwächsten in den Gemeinden über 50 000 Einwohner. Den Stand von 1939 noch nicht wieder erreicht hatten wegen der Kriegszerstörungen die Großstädte. In den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern, die von den Kriegszerstörungen im allgemeinen weniger betroffen waren, hängt die starke Bevölkerungszunahme mit der Aufnahme von Evakuierten aus den Großstädten zusammen, von denen bis 1950 nur ein Teil in ihre Heimatgemeinden zurückgekehrt war, vor allem aber mit der großen Zahl der aufgenommenen Vertriebenen, auf die 1950 in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern ein Viertel, in den Gemeinden von 2000 bis 10 000 Einwohnern etwa ein Fünftel, in den Großstädten aber weniger als ein Zehntel der Bevölkerung entfiel.

Die Bevölkerungsentwicklung von 1950 bis 1958 ist gekennzeichnet von der Tatsache, daß für den enormen Bevölkerungswachstum in den kleineren Gemeinden an Ort und Stelle keine ausreichenden Existenzgrundlagen geschaffen werden konnten. Dementsprechend setzte daher, durch staatliche Maßnahmen (Flüchtlingsumsiedlung) stark gefördert, eine gegenläufige Entwicklung ein. Sie kommt in einem Rückgang der Bevölkerung in den Gemeinden mit 1950 weniger als 2000 Einwohnern um 1,13 Millionen oder 8,2 v.H. bis 1958 zum Ausdruck. Für die Gemeinden, die 1958 unter 2000 Einwohner hatte, beträgt die Abnahme sogar 1,34 Millionen oder 9,8 v.H. Während 1950 die Bevölkerung in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern um 38,3 v.H. über den Vorkriegsstand lag, beträgt die Zunahme 1958 im Vergleich zu 1939 nur noch 26,9 v.H.

Neue Industrieorte

Für alle übrigen Gemeindegrößen sind dagegen weiterhin Zunahmen festzustellen. Die Gemeinden zwischen 2000 und 20 000 Einwohnern, die den höchsten Bevölkerungszuwachs aller Gemeindegrößen zu verzeichnen hatten, haben diesen nicht nur halten, sondern von 1950 bis 1958 erhöhen können. Dadurch stehen diese Gemeinden mit einem Zuwachs von rund 50 v.H. seit Ausbruch des Krieges in der Bevölkerungsentwicklung bei weitem an der Spitze. Viele von ihnen sind aus ihrer begrenzten Funktion als landwirtschaftlicher Raum längst herausgewachsen und haben sich zu ansehnlichen Industrieorten entwickelt.

Von den heutigen 448 Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern hatten 1958 ein Drittel eine um 40-60 v.H. und über ein Drittel eine um mehr als 60 v.H. höhere Bevölkerung als 1939. In 69 dieser Gemeinden ist die Einwohnerzahl seitdem sogar um mehr als 80 v.H. gestiegen.

In den Gemeinden über 50 000 Einwohner, mit einer Zuwachsrate von fast 20 v.H. seit 1950, ist im Zuge des Wiederaufbaues erst verhältnismäßig spät ein Teil der Entwicklung nachgeholt worden, die in den kleineren Gemeinden schon in den ersten Jahren nach dem Kriege stattgefunden hatte. Diese Gemeinden hatten Ende 1958 gegenüber 1939 eine Bevölkerungszunahme von 28. v.H. Den geringsten Bevölkerungszuwachs gegenüber der Vorkriegszeit weisen mit nur 16 v.H. immer noch die Großstädte auf.

Höherer Geburtenüberschuß in Klein- und Mittelstädten

Die Gemeinden in den Größenklassen über 2000 Einwohner sind ziemlich gleichmäßig gewachsen. Der Zuwanderungsüberschuß steigt zwar nach den Großstädten hin an, dafür hatten aber die Klein- und Mittelstädte einen höheren Geburtenüberschuß. Die Entwicklung in diesen Gemeinden, die vom Bevölkerungsgeschehen der Nachkriegszeit am stärksten erfaßt wurden, verläuft auch jetzt noch schnell. In den Gemeinden bis zu 20 000 Einwohner war 1957/58 die Bevölkerungszunahme sogar höher als in den vorhergehenden Jahren. In den Großstädten und auch in den Gemeinden zwischen 50 000 und 100 000 Einwohner hat sich dagegen die Zuwachsrate durch den Rückgang des Zuwanderungsüberschusses erheblich vermindert. Für die Großstädte liegt die Zahl der größten Bevölkerungszunahme schon einige Jahre zurück. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß zahlreiche Menschen, die ihren Arbeitsplatz in der Großstadt haben, es bei günstigen Verkehrsverbindungen vorziehen, außerhalb der Großstadt zu wohnen.

Wohin wanderten die Vertriebenen

Wie schon erwähnt, war die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden wesentlich durch die ungünstige Verteilung der Vertriebenen bedingt. Die Umsiedlung der Vertriebenen hat daher besonders große Veränderungen erfahren, über die bis 1956 nur statistische Zahlen vorliegen. In den Gemeinden unter 2000 Einwohnern hat sich die Zahl der Vertriebenen um 920 000 oder fast 50 v.H. vermindert. Ebenfalls recht erheblich war in diesen Gemeinden mit 380 000 der Rückgang der übrigen Bevölkerung. Doch war der Anteil der Vertriebenen mit 19.2 v.H. auch 1956 in diesen Gemeinden relativ hoch. In den Gemeinden der übrigen Größenklassen, in denen die Zahl der Vertriebenen seit 1950 zugenommen hat, wächst deren Zuwachsrate mit der Einwohnerzahl. Die höchste Zuwachsrate ergibt sich mit 87 v.H. für die Großstädte. Ihr Bevölkerungszuwachs seit 1950 ist mit mehr als der Hälfte auf die weitere Aufnahme von Vertriebenen zurückzuführen. In den Gemeinden zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern übersteigt die Zunahme der Zahl der Vertriebenen die der übrigen Bevölkerung sogar bei weitem. Die Bevölkerungsentwicklung seit 1950 hat dazu geführt, daß sich die Anteile der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung allmählich angeglichen haben. Unter dem Durchschnitt für alle Gemeinden lag 1956 der Anteil der Vertriebenenbevölkerung lediglich noch in den Großstädten. Den höchsten Vertriebenenanteil hatten 1956 auch nicht mehr die ländlichen Gemeinden, sondern die Kleinstädte. + + + - 7 -

Maßvolle Antwort

ler - Das Beste, was sich über den neuen Luftzwischenfall - ein von Kopenhagen nach Hamburg fliegendes amerikanisches Armeeflugzeug wurde, da es sich in Richtung Osten verirrte, von sowjetrussischen Flugzeugen zur Notlandung gezwungen - sagen läßt, ist, daß die sowjetischen Militärbehörden Mitteldeutschlands nicht allzuviel Wind davon machten. Besatzung und Passagiere sind wohlbehalten in Gewahrsam der sowjetischen Militärkommandantur in Schwerin, und der Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der Zone, General Jakubowski, gab auf eine besorgte Anfrage General Eddelmans, Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee in Europa, eine "maßvolle", von Injurien freie Antwort.

Dies ist nicht der erste Zwischenfall dieser Art, aber eines fällt hier auf: In früheren Fällen verwiesen die sowjetrussischen Behörden entsprechende amerikanische Anfragen an die "zuständigen Stellen" der DDR. Dieser Hinweis fehlt im Schreiben Jakubowskis. So ist wohl anzunehmen, daß Russen und Amerikaner dieser Angelegenheit, ohne erst Pankow zu bemühen, unter sich regeln werden. Die Meldung über die erzwungene Notlandung erschien auch ganz klein im lokalen Teil des "Neuen Deutschlands", im auffallenden Gegensatz zu der lauthalsen Ankündigung Ulbrichts, den Staatssicherheitsorganen der DDR seien bei einem "nichtgewünschten Rendezvous mit amerikanischen Offizieren Dokumente mit Spionageangaben" in die Hände gefallen.

Am letzten Sonntag, am "Tag der US-Streitkräfte" in Berlin, waren auch die Russen als Gäste erschienen. Amerikanische und russische Offiziere taten so, als wäre nichts geschehen; das zur Landung genötigte USA-Flugzeug trübte nicht die Atmosphäre, beide, Gastgeber und Gäste, sprachen freundschaftlich miteinander. Das ist ein gutes Zeichen, auch wenn man es nicht überbewerten soll. Aber nach den stürmischen Tagen von Paris, nach dem Zusammenbruch einer Konferenz, die noch gar nicht begonnen hatte, wäre dies nicht so selbstverständlich gewesen. In der kurzen Zwischenzeit haben sich die Köpfe doch etwas abgekühlt, man haucht nicht mehr zu Dimensionen auf, was durch Irrtum und Unzulänglichkeit und in Reaktion darauf geschah.

Eine Lehre ergibt sich freilich: Die USA-Flugzeuge sollten sich eher mehr in westlicher Richtung halten als hart an der Grenze des Eisernen Vorhanges fliegen. Da besteht wirklich die Gefahr des Irrtums. An Luftzwischenfällen, der sie auch immer herbeiführen mag, hat die Welt in der gereizten Atmosphäre, in der wir leben, derzeit keinen Bedarf mehr. + +

Verantwortlich: Günter Markschewitz